

Verfassungsschutz: Die Lage ist hochexplosiv - Bürgerkrieg droht in Deutschland

Verfassungsschef Maaßen warnt vor einem Bürgerkrieg zwischen Kurden und Salafisten in deutschen Städten. Bereits 2011 warnte der Trendforscher Gerald Celente vor ethnischen Konflikten in Europa, er sagte voraus, zwischen 2013 und 2016 werden in Europa bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen, die eine ethnische Säuberung nach sich zieht und forderte die Moslems auf Europa zu verlassen. Celentes Ausblick für die Zukunft deutet auf einen Aufstand der europäischen Völker hin, dies würde dem Plan der Drahtzieher zur Vermischung der Völker entgegen stehen. Warten wir ab, ob Celentes weise Voraussicht sich erfüllen wird.

Die importierten islamischen Glaubenskriege, um die es bei diesen brutalen Zusammenstößen geht, haben weit entfernt von Deutschland ihren Ursprung. Hier findet daher eine vom Rechtsstaat grob fahrlässig zugelassene Transformation von mörderischen und blutrünstigen Konflikten nach Deutschland statt, ohne den Schutz der eigenen Bevölkerung hierbei zu berücksichtigen. Dies ist nur möglich, weil islamische Fanatiker ungehindert die Grenzen passieren können und sich das Asylrecht so leicht mißbrauchen läßt.

Durch den Zustrom fremder Völker mit hoher Reproduktionsrate und Förderung von „Multikulti“ wird die nationale Identität zerstört und das deutsche Volk zur Minderheit im eigenen Land. Die Zunahme der Kriminalität und bürgerkriegsähnliche Unruhen verunsichern die Bevölkerung und schaffen die Akzeptanz für staatliche Überwachung und zunehmende Einschränkung der individuellen Freiheit (flächendeckende Videoüberwachung, Vorratsdatenspeicherung, Überwachung von Internet, Telefon, bargeldlosem Zahlungsverkehr, Straßenmaut mit elektronischer Überwachung, strengere Waffengesetze, Zensur, Ausweitung polizeilicher Befugnisse etc.). Auf diese Weise werden die Voraussetzungen zur Unterdrückung jeder Opposition geschaffen und die aktuellen Machtverhältnisse gesichert.

Jetzt schlägt Deutschlands oberster Verfassungsschützer Alarm. Hans-Georg Maaßen (51) zu BILD: „Die Qualität der Auseinandersetzung ist neu. Anhänger der Kriegsparteien in Syrien und im Irak bekämpfen sich in Deutschland. Beide Seiten schaukeln sich gegenseitig auf. Wir sehen das mit großer Sorge, weil es zu weiterer Eskalation führen kann.“ Der Geheimdienstler warnt: „Weitere Gebietsgewinne der Terror-Miliz IS gegen die Kurden spornen gewaltbereite Extremisten in Deutschland an.“

Maaßen weiter: „Gewaltbereite Salafisten bei uns sind geradezu euphorisiert von den Erfolgen des ISIS innerhalb kurzer Zeit. Dieser Konflikt hat also Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Deutschland.“

Das befürchtet auch die Polizei. Oliver Malchow (51, Bundeschef Gewerkschaft der Polizei) zu BILD: „Wir werden es nicht dulden, dass der IS-Terror seinen Niederschlag in Straßenschlachten in Deutschland findet. Die Polizei wird hier mit aller Härte einschreiten.“

Rainer Wendt (57), Deutsche Polizeigewerkschaft: „Die Polizei wird zwischen drei Fronten aufgerieben: Die Kurden kämpfen nicht nur mit den Salafisten, sondern richten ihre Wut wegen der zynischen türkischen Politik auch gegen türkische Einrichtungen. Die Lage ist hochexplosiv, denn weder Salafisten noch Kurden schrecken davor zurück jemanden zu töten.“

Gefahr droht laut Wendt nach dem Freitagsgebet. Wendt zu BILD: „Es besteht die konkrete Gefahr, dass Hass-Prediger die Stimmung weiter anheizen und die Lage auf der Straße völlig eskaliert.“

ZITAT

Die Menschen werfen sich im Politischen wie auf dem Krankenlager von einer Seite auf die andere, weil sie glauben, dann besser zu liegen.

Johann Wolfgang von Goethe (1749 - 1832)

*Allen unseren Lesern und Freunden wünscht der
WIENER BEOBACHTER ein frohes Fest und
ein gutes 2015.*

*Wie sie wissen, sind wir nur und ausschließlich
von den Spenden unserer Leser abhängig – daher
unsere Bitte: Helfen und unterstützen Sie uns
auch im neuen Jahr!*

Zur Erinnerung

In der Schlacht von Königgrätz (genauer gesagt: beim Flecken Sadova) am 3. Juli 1866 trafen im Deutschen Krieg um die Vorherrschaft in Deutschland die Truppen Preußens auf die Armee der Österreicher. Letztere wurden im Verlauf der Schlacht vernichtend geschlagen, Preußen wurde Führungsmacht im Deutschen Bund, und Bismarck setzte damit seine kleindeutsche Lösung (Abtrennung Österreichs) durch. Die Schlacht war einer der Wegbereiter für die Reichsgründung 1871.

Der Einsatz neuer Waffensysteme trug zu diesem Sieg bei. Die Preußen waren mit dem sogenannten preußischen „Nadelgewehr“ (Zündnadelgewehr) ausgerüstet, ein modernes Gewehr mit Zylinderverschluß. Außerdem spielten die Eisenbahn und der Telegraph eine entscheidende Rolle.

Im Vorfeld des Preußisch-Österreichischen Krieges hatte Preußen bereits mehrere hundert Beobachter auf Seiten der Nordstaaten in den amerikanischen Bürgerkrieg geschickt, die dort den Einsatz von Eisenbahn, Telegraph und moderner Kriegstechnik beobachteten. Die Bedeutung der Schlacht bei Königgrätz ist sowohl im allgemeinen politischen Kontext als auch als Markstein der militärstrategischen Entwicklung in Europa wohl kaum zu überschätzen. Mit Königgrätz beginnt das Zeitalter der großen Manöver von nach Hunderttausenden zählenden Massenheeren, die, im Unterschied etwa zur napoleonischen Epoche reine Feuergefechte führen - das Bajonett als in der konkreten Gefechts-situation Mann gegen Mann einzusetzende Waffe wird durch die neuen Handfeuerwaffen endgültig historisch. Fast noch wichtiger ist die Mobilisierung großer Truppenmassen durch den modernen Eisenbahnverkehr: Der legendäre Generalstabschef Helmuth von Moltke nutzte die Eisenbahn, um seine komplizierten Aufmarschpläne verwirklichen zu können.

Deutsche gegen Alleinschuld 1914

Eine Meinungsumfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag des Stern ergab, daß die Mehrheit der Deutschen nicht an die Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg glaubt. 58 Prozent der Befragten sahen die Verantwortung am Ausbruch des Völkerringens 1914 bei allen Völkern. Nur 19 Prozent gaben den Deutschen die Hauptschuld, neun Prozent einer anderen beteiligten Nation.

ZITAT

Wer seine Sprache nicht achtet und liebt, kann auch sein Volk nicht achten und lieben; wer seine Sprache nicht versteht, versteht auch sein Volk nicht, denn in den Tiefen der Sprache liegt alles innere Verständnis und alle geistige Eigentümlichkeit des Volkes verhüllt.

Ernst Moritz Arndt (1769 - 1860)

„Jesus ist Affe“

Die Benediktiner-Abtei Dormitio auf dem Zionsberg, eines der Wahrzeichen Jerusalems, ist von Unbekannten mit gehässigen Graffitis erheblich beschädigt worden. Zugleich wurden sieben Autos mit Ölfarbe bespritzt und zwei Reifen zerschossen. „Christen sind Affen“, „Jesus ist ein Affe“, „Die Affen durchlöchern“, „Christen sind Sklaven“, „Chavat Maon“ (der Name eines zum Abriß vorgesehenen Siedlervorpostens bei Hebron) und ähnliche Sprüche auf Hebräisch „zierten“ die Gemäuer und parkende Autos.

Es gebe keine konkreten Hinweise auf die Täter. Doch die Sprüche weisen erneut auf israelische Siedler, die schon mehrmals Fassaden von Kirchen in Latrun aber auch von Dormitio und der griechischen Kreuzkirche in Jerusalem beschmiert haben.

US-Republikaner verklagen Barack

Obama

Nun lassen die nach den Kongresswahlen erstarkten US-Republikaner die Muskeln spielen. Sie führen gegen Präsident Barack Obama eine Verfassungsklage wegen des Projektes „Obamacare“, der Gesundheitsreform. Die Klage wurde vom Republikaner-Anwalt Jonathan Turley beim US-Höchstgericht eingebracht. Konkret werfen die Konservativen dem Präsidenten vor, daß er in der Gesundheitspolitik seine Amtsbefugnisse massiv überschritten habe und deshalb ein klarer Verfassungsbruch vorliege.

Neben Obama stehen auch Finanzminister Jack Lew und Gesundheitsministerin Sylvia Burwell im Zentrum der republikanischen Verfassungsklage gegen Obamacare.

Drei Milliarden Dollar illegal an Versicherungen bezahlt?

Inhaltlich monieren die Republikaner in ihrer Anklageschrift, daß Obamas Administration nicht weniger als drei Milliarden US-Dollar illegal an Versicherungen im Zusammenhang mit der Gesundheitsreform ausbezahlt habe. Darüber hinaus stehen auch Krankenversicherungsregeln für Großbetriebe in der Kritik, die Obama ohne Gesetzesbeschlüsse im Kongress einfach abgeändert und umgesetzt haben soll. Die Republikaner wollen sich mit dieser Verfassungsklage die Kompetenz über die Gesundheitspolitik zurückholen und wesentliche Teile von Obamacare wieder rückgängig machen.

Trümmerfrauen-Denkmal verhüllt

Die grünen Landtagsabgeordneten Sepp Dürr und Katharina Schulze haben einen Gedenkstein für die Trümmerfrauen und die Generation des Aufbaus auf dem Münchener Marstallplatz mit einem braunen Tuch verhüllt, auf dem zu lesen war: „Den Richtigen ein Denkmal, nicht den Alt-Nazis“.

Der Stein enthält die Inschrift „Den Trümmerfrauen und der Aufbaugeneration Dank und Anerkennung - München nach 1945.“

Raub und Körperverletzung: Gewaltvoller Übergriff auf Couleurstudenten

Am Mittwoch, dem 19. November, fand an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU) eine Podiumsdiskussion des Österreichischen Cartellverbands mit Vertretern der Hochschulvertretung (ÖH) statt. Zur Thematik rund um das Couleurverbot fanden sich hunderte Personen im Festsaal ein, sowohl Anhänger als auch Gegner der von ÖH-Funktionären geforderten Maßnahme. Ihr wahres Gesicht zeigten die linksextremen Gesinnungsgenossen aber erst danach. Ein Mitglied des CV wurde gewaltsam angegriffen und beraubt.

Überfall im Bus

Das Gedächtnisprotokoll des jungen Studenten einer katholischen Verbindung kann man online mit Staunen nachlesen. Obwohl Mitglieder von vor allem schlagenden Verbindungen seit einiger Zeit immer wieder von linken Gesinnungsgenossen angegriffen werden, ist die Gewaltbereitschaft dieses Angreifers schockierend.

Der junge Couleurstudent befindet sich gegen 2 Uhr nachts mit einem Nachtbus auf dem Heimweg, als ihm seine Mütze mit einem Schlag vom Schoß geworfen und entwendet wird und der Täter an der Haltestelle aus dem Fahrzeug flüchtet. Der Bestohlene will dies nicht ohne Reaktion hinnehmen und eilt dem Dieb hinterher, um ihn im nahegelegenen Türkenschanzpark zu stellen.

Brutalität schockiert

Als der Mann den Dieb eingeholt hat und ihn zur Rede stellen will, greift dieser plötzlich an und ringt den Couleurstudenten zu Boden, während er ihm beide Daumen in die Augenhöhlen presst. Erst als das Opfer dem linken Angreifer in den Finger beißt, lässt dieser von seinen Augen ab. Der Busfahrer gibt schließlich einer nahenden Polizeistreife Lichtzeichen und gleichzeitig kommen Chauffeur und Polizei zu Hilfe.

Erst dann lässt der Täter vollständig von dem Studenten ab und ergibt sich mit den vielsagenden Worten „Da bin ich heute aber auf den Falschen gestoßen“. Das Mitglied der katholischen Studentenverbindung wird daraufhin zur Polizeistation in der Wattgasse gebracht und es werden mehrere Hämatome und Prellungen im Kniebereich festgestellt sowie ein bis jetzt erhöhter Druck im Augenbereich.

SPÖ-Vorsitzender Faymann erhält nur 83,9 Prozent

Eine gehörige Wahlschlappe fuhr Bundeskanzler Werner Faymann bei seiner Wiederwahl zum SPÖ-Parteivorsitzenden ein. Mit lediglich 83,9 Prozent verfehlte der SPÖ-Chef die angepeilten 90 Prozent plus mehr als deutlich. Noch vor wenigen Tagen tönte Faymanns Parteigenosse Sozialminister Rudolf Hundstorfer, daß „sicher ein 9er vor dem Ergebnis stehen werde“. Dies wurde nun durch das Parteitagsvotum der SPÖ-Delegierten konterkariert.

Damit nicht genug, mußte der offensichtlich mäßig geschätzte Faymann bei der Wahl in den Bundesparteivorstand eine weitere Niederlage einstecken. Im Führungsgremium der Regierungspartei SPÖ wollten den Kanzler überhaupt nur 83,61 Prozent der SPÖ-Delegierten haben. So schlecht schnitt von den zahlreichen Vorstandskandidaten sonst niemand ab. Unter 90 Prozent Zustimmung blieb außer Faymann nur Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek.

Bundeskanzler Faymann ist politisch angezählt

Daß Faymann nach einem wochenlangen Trommelfeuer auf die Parteitagsdelegierten in Sachen Steuerreform und Vermögenssteuern kein besseres Ergebnis einfahren konnte, zeigt daß der Kanzler in der SPÖ „angezählt“ ist. Die FPÖ als große Herausforderin der Kanzlerpartei kann sich jedenfalls freuen, wie es Generalsekretär Herbert Kickl formuliert:

Ich bedanke mich für die Offenheit der Delegierten in der Einschätzung der Führungsqualitäten ihres Vorsitzenden. Bei Faymann brennt der Hut. Dieses Ergebnis kommt einer Spaltung von Basis und Parteiführung gleich und zeigt, wie weit die Belle-Etage der Sozialdemokratie sich von der Wirklichkeit und dem Empfinden des Parteivolks verabschiedet hat. Allerdings ist dieses Ergebnis nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, was beim heutigen SPÖ-Parteitag von den SPÖ-Granden an geballtem Schwachsinn von sich gegeben wurde.

Privilegierte Bonzen

Die Ex-Kanzler und die pensionierten Spitzenbeamten der Republik genießen ganz still und leise ein Abgaben-Privilegium. Von den Luxuspensionen von bis zu 12.000 Euro monatlich werden maximal 226,44 Euro an Sozialversicherung abgezogen. Vom 2.500 Euro Bruttogehalt eines Angestellten kassiert die Sozialversicherung jedoch 451,75 Euro.

Sind BRD Politiker harmlos blind oder dumm?

Eine Politikerin aus Berlin-Neukölln fährt nach Rumänien, weil sie verstehen will, warum so viele Roma nach Deutschland ziehen.

Franziska Giffey sitzt an einem Holztisch in Rumänien und versucht zu verstehen, was daheim in ihrem Bezirk geschieht. Giffey, 35, Bezirksstadträtin von Berlin-Neukölln, ist 1300 Kilometer weit gereist, um Antworten auf ihre Frage zu finden, warum die Menschen in Rumänien ihre Heimat verlassen und nach Neukölln kommen, in einen der ärmsten Bezirke Deutschlands.

Der Holztisch steht im Bürgermeisteramt von Fântânele, 35 Kilometer von der Hauptstadt Bukarest entfernt. Das Dorf hatte einmal 3000 Einwohner, ausschließlich Roma, aber ein Drittel davon wohnt nicht mehr in Fântânele, sondern im europäischen Ausland, vor allem in Neukölln. Dörfer wie Fântânele gibt es in Südosteuropa viele, die meisten haben mittlerweile eine Außenstelle in Deutschland.

Der Bürgermeister ist aufgeregt, er hat sich eine Schärpe mit den Farben der rumänischen Flagge umgehängt, das Hemd ist akkurat gebügelt. Alles soll perfekt sein für Giffey, die Frau Doktor aus Deutschland. Er drückt ihr eine Infomappe in die Hand und serviert Erdnüsse und Espresso aus Pappbechern. In der Ecke steht eine Europaflagge. Der Bürgermeister hat alle Mitarbeiter der Verwaltung in den Raum gerufen. Auch die Schulleiterin ist gekommen, die 300 Schüler ans europäische Ausland verloren hat, sowie die beiden Priester der Gemeinde. Franziska Giffey steht auf, sie stellt zunächst sich vor und dann ihren Bezirk: Berlin-Neukölln, 300 000 Einwohner, 160 Nationen, 65 Schulen, in knapp der Hälfte gibt es bereits „Willkommensklassen“ für Kinder ohne Deutschkenntnisse, viele davon Roma. „Ich eröffne jeden Monat eine neue Schulklasse“, sagt sie in die Runde, „die Kinder müßten ihnen doch fehlen hier, oder?“ Gelächter. Der Priester antwortet: „Richten Sie ruhig noch ein paar mehr Klassen ein.“

Seit dem Beitritt Rumäniens zur EU 2007 hat sich die Zahl der Rumänen in Deutschland auf 205 000 fast verdreifacht. Sie kommen legal, als freie Bürger der EU, und sie sind die größte Herausforderung für die deutsche Integrationspolitik. Neulich hat Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) zumindest denen mit dem Rauswurf gedroht, die in Deutschland widerrechtlich Sozialleistungen bezögen.

In Neukölln hat Giffey beobachtet, was passiert, wenn große Roma-Familien als Dorfverband in ihren Stadtteil ziehen und einen Straßenzug bewohnen. Sie bilden geschlossene Mikrokosmen, viele kleine Fântânele, von den Politikern erst bemerkt, wenn es zu spät ist.

Giffey will nicht zu spät kommen, sie will verstehen, wie es den Menschen in Rumänien geht. Sie sagt, es sei das Puzzlestück, das sie brauche, um in Berlin die richtigen Entscheidungen treffen zu können. Deshalb hat sie sich auf die Reise gemacht und sitzt jetzt hier, beim Bürgermeister.

„Irgendwann ist auch bei uns das Limit erreicht“, sagt sie und lächelt freundlich in die Runde. Keiner reagiert. Ihre Probleme interessieren hier nicht, statt dessen erklärt der Bürgermeister, daß er auf deutsche Investoren in der Region setze.

Staat bedrängt Häftling Horst Mahler

Deutschlands prominentester politischer Häftling, der 77jährige Rechtsanwalt Horst Mahler, der wegen mehrerer in der BRD unzulässiger Meinungsäußerungen vor einigen Jahren zu einer Gesamtstrafe von zwölf Jahren verurteilt worden war, mußte unlängst sogar die Durchsuchung der von ihm genutzten Hafträume sowie die Beschlagnahme seines Computers über sich ergehen lassen, weil er angeblich erneut „volksverhetzende Schriften im Haftraum sowie im offenen Vollzug verfaßt und auch verbreitet haben soll. Sollte die Gedankenpolizei erneut Belastendes im Sinne des Gesinnungsparagraphen 130 StGB finden, so droht Mahler eine erneute Verurteilung und damit eine Verlängerung seiner Haftzeit. Diese Ermittlungen geschehen ungeachtet der Tatsache, daß bereits im Jahre 2011 die UNO klargestellt hat, daß es unzulässig ist, Menschen wegen Äußerungen zur Geschichte zu bestrafen, da dies unter das Recht auf Meinungsfreiheit falle. Während die BRD sonst stets internationalen Beschlüssen Rechnung trägt, bleibt sie in diesem Fall uneinsichtig.

Lesen Sie auch *KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN*

Probeexemplare der *KOMMENTARE* erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

Wiener Beobachter, Folge 251 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;

Hersteller: Probst-Print, A 2483 Ebreichsdorf

e-Post: wienbeobachter@mail.ru, Internetz: www.volksherrschaft.info

Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und

Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. * Vertragsnummer: GZ 02Z031542M * Erscheinungsort: Wien *

Verlagspostamt: 1170 Wien